

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 383.

Freitag, 5. Juni.

(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Das Honorar beträgt auf jedes täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 12 Mark, für ganz Preußen 1 Mark 24 Ggr. Postgebühren nehmen alle Postanstalten des Reiches an.

Verkaufsstellen:
In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen, Rudolph Haffner, in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler, in Berlin: A. Reimer, in Breslau: Emil Hahsch.

Die zweite 2 Ggr. die sechsgehaltene Seite oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher. Nach der Expedition zu richten und werden für die am folgenden Morgen 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Des Kaisers und Königs Majestät haben geruht, die Einberufung des Landtages der Provinz

auf den 14. Juni d. J.

zu befehlen, und den unterzeichneten Ober-Präsidenten zu Allerhöchster Kommissarius für den Landtag zu ernennen.

Die Eröffnung des Landtags wird hiernach an dem vorbezeichneten Tage, Nachmittags 12½ Uhr in dem Gebäude der alten Landtschaft, Wilhelm- und Friedrichsstraßen-Ecke Nr. 7 hieselbst stattfinden, nachdem an demselben Tage um 10 Uhr Vormittags ein Gottesdienst, und zwar für die evangelischen Mitglieder in der Kirche St. Pauli, für die katholischen Mitglieder in der Pfarrkirche ad St. Mariam Magdalenam vorausgegangen sein wird.

Dies bringe ich hiedurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniss, daß Seine Majestät der Kaiser und König für den zusammen tretenden Landtag den königlichen Landrath und Rittergutsbesitzer Herrn Freiherrn von Unruhe-Bomst zu Wollstein zum Provinzial-Landtags-Marschall, und den Rittergutsbesitzer Herrn Grafen Boninski auf Schloß Wreschen zum Stellvertreter des Marschalls ernannt haben.

Posen, den 1. Juni 1874.

Der Landtags-Kommissarius
Ober-Präsident
Günther.

Amliches.

Berlin, 4. Juni. Der Kandidat Hechtenberg ist bei dem Schul-lehrer-Seminar zu Neuwed als ord. Lehrer angestellt, der Ref. Dr. jur. Emil Wilhelm Franz Caspari aus Frankfurt a. M. ist auf Grund der bestandenen großen Staatsprüfung zum Advokaten im Bez. des I. Appellationsbezirks dafelbst, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Frankfurt a. M., und der Ref. Vossen aus Düsseldorf auf Grund der bestandenen großen Staatsprüfung zum Advokaten im Bez. des I. Appellationsbezirks dafelbst, ernannt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 4. Juni. Wie das „Dresd. Journ.“ meldet, haben die am Tunnelbau bei Eibenstock beschäftigten italienischen Arbeiter gestern Erzebeute und sind 56 derselben in der vergangenen Nacht verhaftet worden, nachdem zur Erkaltung der Ruhe ein Militärkommando von Schneeberg requirirt worden war. Das „Dresd. Journ.“ fügt seiner Meldung hinzu, daß die Unruhen von keiner erheblichen Bedeutung gewesen zu sein schienen.

St. Gallen, 4. Juni. Der hiesige Große Rath hat die Aufhebung des nach jesuitischem Systeme eingerichteten Knabenseminars zu St. Georgen mit 91 gegen 52 Stimmen beschlossen, auch dem Regierungsrathe die Befugniß zur Abberufung renitenter Geistlichen erteilt.

Barcelona, 3. Juni. Der Brigadier Salamanca hat in der Nähe von San Vicente (Provinz Logrono) eine karlistische Abtheilung von 3000 Mann geschlagen und San Vicente besetzt.

Santander, 3. Juni. Der General Loma ist hier eingetroffen. Die Karlisten konzentriren sich in großer Anzahl bei Estella, wo eine Schlacht erwartet wird.

Kopenhagen, 4. Juni. In dem Prozesse der Berliner Wechselbank gegen das Bankhaus Gedalia wegen der aus der Zeichnung auf die letzte französische Anleihe herrührenden Ansprüche hat heute das höchste Gericht definitiv auf Freisprechung des Beklagten erkannt.

Die erste altkatholische Synode.

„Nach Jahrhunderten wird man mehr von dieser Synode sprechen, als heute“, so sprach der altkatholische Bischof Meinkens beim Schlusse der ersten altkatholischen Synode zu Bonn. Es ist Niemandem gegeben, das Urtheil vorauszuweisen, welches die Geschichte nach Jahrhunderten über eine Bewegung sprechen wird, inmitten deren man sich selber befindet und an deren Kraft man selber zum mindesten glauben muß, wenn man nicht überhaupt den Boden einer nachhaltigen Wirksamkeit unter den Füßen verlieren will. Die außerhalb der altkatholischen Bewegung stehenden Kreise sind in der Lage, sich ein objektiveres Urtheil über den Werth jener Bewegung bilden zu können, insofern sie nicht ein Parteinteresse daran haben, die Berechtigung dieser Bewegung anzuzweifeln und deshalb ihre Fortschritte höhnernd in Frage zu stellen. Mag man über die religiösen Anschauungen, welche in der altkatholischen Bewegung zum Ausdruck gelangen, denken, wie man will; eins kann man nicht in Abrede stellen: Die Alt-katholiken befestigen immer mehr die Grundlage, von welcher aus die altkatholische Bewegung ihren gesicherten Fortgang nehmen kann. Diesen praktischen Bestrebungen gegenüber tritt gewissermaßen das Ueber-sprudeln des ersten Ursprungs der Bewegung zurück; um so solider aber sind jetzt die Linien des Baues, welcher vor unsern Augen aufgeführt wird. Mit immer größerem Interesse muß dieser Versuch verfolgt werden, welcher innerlich bei der katholischen Kirche eine besondere Konfession organisiren will. Der Streit darüber, welcher von beiden Konfessionen der Name der „altkatholischen“ mit größerem Recht gebühre, berührt die Außenstehenden im Wesentlichen weniger. Offenbar wird um den Namen bloß gestritten des Besitzes wegen. Dem Bekenntnisse nach haben diejenigen Katho-

liken, welche sich durch die bonner Synode vertreten sehen, das größere Recht, sich Altkatholiken zu nennen; während bei einer so großen Anzahl, wie die römisch-katholische Kirche, auch die Zahl derer in Betracht kommt, welche derselben gegenüber für sich ein Recht auf den Besitz des alten Glaubens in Anspruch nehmen und für jetzt steht noch die unendlich größere Zahl der Katholiken unzweifelhaft auf dem Standpunkt des Unfehlbarkeitsdogmas und ist im alten und befestigten Besitze.

Indessen sowohl bei der Beurtheilung des geistigen Werthes der Bewegung wie auch dem Staate gegenüber, der die Rechtsfrage zu prüfen hat, ist die Bezeichnung „Alt-katholiken“ und „Neukatholiken“ von rein zufälliger und untergeordneter Bedeutung. Jetzt handelt es sich darum, ob es den „Alt-katholiken“ gelingen wird, in den Augen der Befenner des katholischen Glaubens den Charakter der Katholizität zu behaupten, da die Anhänger des Unfehlbarkeitsdogmas grade gegen diesen Punkt ihre Anfechtung richten. Wenn es gelingt, dem allgemeinen Bewußtsein gegenüber den Nachweis zu führen, daß es innerhalb der katholischen Kirche möglich ist, sich dem einen oder dem anderen Bekenntnis anzuschließen, so wird dadurch jene weite Kluft vermieden werden, welche sich zwischen der katholischen und den verschiedenen protestantischen Kirchen von Anfang an aufgethan hat. Wenn die Alt-katholiken mit einem Worte die Formen einer wahren bischöflichen Kirche festzuhalten vermögen, so wird ihr Unternehmen als ein gelungenes zu betrachten sein. Man muß jetzt anerkennen, daß dieses Streben mit dem vollen Bewußtsein des Zieles, mit großem Geschick und mit seltener Charakterstärke aufgenommen wird. Gemeinden entstehen; die Synodal-Verfassung befestigt sich mit dem Vorzug vor allen übrigen Synodalverfassungen, daß sie auf Grund völliger Freiwilligkeit und unter vollster Anerkennung der Laienwelt in's Leben tritt; der Bischof, frei gewählt, genießt das Ansehen, welches die staatliche Anerkennung ihm nur äußerlich befeigt, während er den Inhalt seines Berufs offenbar durch das Bekenntnis seiner Gemeinden empfangen hat. Niemand wird jetzt bestreiten können, daß die Bewegung werth ist der Sorgfalt, welche der Staat ihr zugewendet hat, als einem Eindringen des Volksgewissens in die Kirchenorganisation, um dort seine berechtigten Stimmensköpfe zur Geltung zu bringen und im Geiste des deutschen Volkes für die Freiheit wider die Willkür, für den erlösenden Heilskern des religiösen Glaubens, wider den erlösenden Formzwang einer absolutistischen Kirchengewalt Zeugnis abzulegen.

BAC.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 4. Juni.

Wie verschiedenen Blättern von hier gemeldet wird, wird Prinz Friedrich Wilhelm, der älteste Sohn des Kronprinzen, welcher nach seiner auf den 1. September angesetzten Konfirmation wie üblich seinen eigenen Hofstaat erhält, zu seiner weiteren Ausbildung, wie bis jetzt bestimmt, vermutlich von Michaels nächsten Jahres ab, die Universitäten Bonn und Straßburg besuchen. Als dritte Universität, auf welcher der Prinz seinen Studien obliegen soll, sei außerdem eventuell noch Göttingen in Aussicht genommen. Die Universitätszeit des jungen Prinzen wird sich mindestens auf die Dauer von zwei Jahren erstrecken.

Daß der Tod des Herrn v. Mallinckrodt auch beim Fürsten Bismarck einen lebhaften Eindruck hervorgerufen würde, konnte man sich wohl denken. Die „Tribüne“ erzählt darüber:

Die Nachricht vom dem unerwarteten Tode erhielt der Kanzler nicht aus seiner gewöhnlichen Umgebung, sondern durch einen zufälligen Besuch aus einem darüber hinausgehenden Kreise. Er würdigte den großen Verlust der Zentrums-Partei vollständig, und indem er die hervorragenden Eigenschaften des Verstorbenen anerkannte, charakterisierte er denselben als seinen bedeutendsten, als seinen konsequentesten, zugleich auch als seinen frühesten Gegner, der sofort an der Schwelle der Neugestaltung Deutschlands im Jahre 1866 die Stellung der Ultramontanen zu der nationalen Politik Bismarcks errathen und den Kampf seiner heute so sehr angeschwollenen Partei gegen das deutsche Reich als vereinzelter Partisan im konstituierenden Reichstage eingeleitet habe; die wenigen Worte, die damals der Verstorbenen von der Tribüne gesprochen, hätten ihn, Bismarck, sofort ahnen lassen, worauf es von dieser Seite gegen ihn abgesehen sei, während ein Reichensberger das viel weniger oder gar nicht hätte durchblicken lassen. Er, Bismarck, erinnere sich genau noch der ersten Rede Mallinckrodt's im Frühjahr 1867, die durch wenige Fingerringe ihn ganz anders gepackt habe, als die wortreiche Opposition der fröndlichen Fortschrittspartei und der sächsischen oder welfischen Partikularisten, weswegen er es sich auch nicht habe versagen können, in seiner kurzen Replik damals das Wort „ultramontan“ zu gebrauchen, sich dessen wohl bewußt, welche Richtung sich hier im Munde Mallinckrodt's zum ersten Male gegen seine Politik wende, und welche Zukunft in diesem ersten Reime läge. Im Vergleiche damit hätte jede andere Opposition trotz größerer Vordrängens federleicht gewogen. — Dann den Verlust der Zentrums-Partei würdigend, gebrauchte der Kanzler in der Unterredung mit seinem Besuche, in die Sportsman'sprache verfallend, die Worte: „Das Kennen zwischen der ultramontanen und der nationalen Partei steht jetzt (so wenigstens glaubt unser Gewährsmann gehört zu haben); bisher war das Zentrum gerade um die Länge Mallinckrodt's der nationalen Partei voraus.“ Andere Koryphäen der römischen Fraktion kamen in jenem Gespräch neben dem Verstorbenen nicht besonders auf fort. Indem Bismarck insbesondere auch die Aufrichtigkeit des Verstorbenen betonte, soll er von einem anderen hervorragenden Mitgliede derselben Partei gesagt haben: „Ob den wohl die Kirche viel klümmert? Hannover liegt ihm viel näher. Bis zum Jahre 1870 hat er auf seinen ehemaligen Kollegen Bismarck gerechnet, jetzt soll es der Papst machen; wer weiß, wer künftig noch an die Reihe kommt.“

BAC. [Der Bericht des Reichseisenbahnamtes.] Zur gelegenen Zeit ist der Bericht des Reichseisenbahnamtes zur öffentlichen Kenntniss gekommen. Die Anschauungen über dieses neu geschaffene Reichsamt haben bisher nur in Extremen sich bewegt. In denselben Kreisen, welche ursprünglich an der Möglichkeit einer solchen Institution gezweifelt haben, sind unmittelbar nach Schaffung des Reichseisenbahnamtes die größten Ansprüche an dasselbe geknüpft worden und, weil diese Ansprüche nicht gewissermaßen durch einen Zauberstab befriedigt werden konnten, fing man sofort wieder an, über dieses Reichsamt leichtsin zu denken und zu sprechen. Der Bericht zeigt, was das Reichseisenbahnamt mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu thun vermocht und gethan hat. Es muß ihm das Zeugnis gegeben werden, daß es sich ebenso sehr davon fern gehalten hat, ohne jeden Anhalt der Kompetenz sich einzumischen, wie es andererseits die Mittel, welche im Bereich seiner Kompetenz lagen, mit größter Kraft und zum Vortheil des Verkehrspublicums angewendet hat. Seine stärkste Probe wird das Reichseisenbahnamt bei der Diskussion des Reichsgesetzes über das Eisenbahnwesen zu bestehen haben, welches von ihm vorbereitet worden ist. Es wäre vorzeitig, heute schon die ganze Tragweite seiner Thätigkeit beurtheilen zu wollen; in der Kritik jenes Gesetzeswurfs und in der Diskussion des Reichstages über dasselbe werden erst die Grenzen sichtbar werden, welche diesem Reichsamt gesteckt sind. Es muß immer vor Augen gehalten werden, daß gleich bei Einsetzung des Reichseisenbahnamtes ausdrücklich davon ausgegangen worden ist, daß in einer lebendigen Person ein Mittel der Handhabung geschaffen werden sollte für diejenigen Rechte, welche jetzt bereits dem Reiche auf Grund seiner Verfassung den Eisenbahnen gegenüber zustehen, daß außerdem aber der Impuls zur Fortentwicklung derselben gegeben werden sollte. Wer die Verhandlungen des Reichstages über das Reichseisenbahnamt, gleichsam den Ursprung desselben, mit dem, was bis jetzt geschehen ist, vergleicht, wird nicht in Abrede stellen können, daß alle billigen Erwartungen, die von dieser Reichsinstitution gehegt werden konnten, in Erfüllung gegangen sind. Wir können es nur der Ungeduld zuschreiben, welche mit Recht alle bei dem Eisenbahnverkehr beteiligten Kreise erfüllt, wenn Viele sich in ihren Hoffnungen getäuscht glauben, weil die wenigen Monate, während deren das Reichseisenbahnamt besteht, diesen Hoffnungen nicht die Erfüllung brachten. Im Geiste der Gesetzgeber aber, welche dieses Amt geschaffen haben, muß das Gegentheil ausgesprochen werden. Nichts ist überrreilt, aber auch nichts vernachlässigt worden. Es ist durchaus kein Grund gegen die Annahme vorhanden, daß schon die nächste Session des Reichstages den erwarteten Fortschritt auf dem Wege der Gesetzgebung bringen wird.

Die „N. A. Ztg.“ schreibt offiziell:

Die in Spanien und namentlich in Frankreich ausgestreuten Gerüchte über die Wiederaufnahme der hohenzollernschen oder den Plan einer preussischen Thronkandidatur, wie über das Vorhaben eines speziellen Bündnisses zwischen Spanien und Deutschland sind so abenteuerlicher Natur, daß, wie wir noch vorgestern mit den Worten der „Independance belge“ behaupten durften, ihnen mit einem formellen Dementi eine zu große Ehre erwiesen würde. Indessen wollen wir doch mit Rücksicht auf die für uns freilich schwer begreifliche Verbreitung, welche diese Gerüchte in Paris und Madrid gefunden zu haben scheinen, noch einmal und ausdrücklich wiederholen, daß wir ermächtigt sind, die völlige Grundlosigkeit aller jener Ausstreunungen zu versichern.

Bonn, 2. Juni. Die „Köln. Ztg.“ bringt eine Ergänzung ihres ersten (von uns mitgetheilten) Artikels über die altkatholische Synode, aus der wir Folgendes entnehmen:

Ein dritter Punkt sind die Erklärungen über die Einführung der Volkssprache bei dem Gottesdienste. Man war sich wohl bewußt, daß die Einheit der Liturgie ihr Gutes habe, daß es nicht recht sei, mit einer Tradition zu brechen, welche in den Formen, im Gesange u. s. w. herrliche Seiten darbiete. Aber man hat auch allseitig erkannt, daß dem wahren Bedürfnisse des Herzens erst dann genügt werde, wenn man Gott in der Sprache seines Herzens feiere, daß es der alten Liturgie, wie sie die Messe selbst noch hat entsprechen, wenn Priester und Volk nicht in Formeln, deren Wortlaut und Sinn dem Volke unverständlich sind, sondern in lebendiger Wechselwirkung gemeinsam handeln. Darum sprach die Synode offen aus: „Es ist wünschenswerth, daß bei dem öffentlichen Gottesdienste und bei der Spendung der Sacramente die Volkssprache als liturgische Sprache angewendet werde.“ Aber sie will keine Uebersetzung. Die liturgische Sprache muß würdig, erhaben, fähig und schön sein. Sie fordert daher zunächst strenges Halten am Eingeführten, gestattet den Gebrauch der deutschen Sprache, wo und soweit er herkömmlich in Uebung steht. Sie greift aber die Sache sofort praktisch an. Es wird eine Kommission eingesetzt, welche der nächsten Synode ein Ritual vorzulegen hat. Ist das angenommen, dann soll zu den weiteren Vorarbeiten geschritten werden. So haben wir die feste Hoffnung, daß in Jahren die katholische Kirche beim Gottesdienste in Deutschland sich der deutschen Sprache bedienen könne, daß den Kulturbölkern Europas nicht versagt bleibe, was die römische Kirche selbst bewilligt. Ist es nicht sonderbar, daß die untrüben Griechen, Armenier, die Südslawen ihre eigene Liturgie und Sprache haben, und nicht die germanischen Völker? Ist es nicht sonderbar, daß, während in Rom durch lange Zeit die Liturgie griechisch war, jetzt Alles nach römisch-lateinischem Muster sein muß? Eine zweite Kommission hat einen Katechismus und eine biblische Geschichte auszuarbeiten und damit einem Bedürfnisse abzuhelfen, das sich Jedem längst aufgedrängt hat, der sich um solche Dinge kümmert. Von mehreren Seiten war der Wunsch laut geworden, den Cölibat aufzuheben. Der Referent der Synodal-Repräsentanz, v. Schulze, stellte, ohne sich in die Sache selbst einzulassen, nach einstimmigem Beschlusse der Synodal-Repräsentanz, unter Hervorhebung der absoluten Inopportunität und der Abwesenheit jedes Bedürfnisses, den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Derselbe wurde, ohne daß auch nur eine Person dafür oder dagegen sprach, einstimmig angenommen.

Der Referent, bekanntlich ein Mitglied der Synode, wirft nun einen Blick auf das Resultat und kommt zu folgendem Schluß:

In der Einmütigkeit, mit der verfahren wurde, in dem Fernbleiben jedweder Beeinflussung liegt der thatsächliche Beweis, daß die kalte Macht, die „unendlich höhere Jurisdiktion“ der Bischöfe ein Ding ist, das nur dort nötig ist, wo die Gemeinlichkeit des kirchlichen Lebens fehlt. Niemals hatte der Bischof nötig, seine Autorität in die Bagatelle zu werfen. Alle Stände waren in den 59 Laien vertreten: Handwerker 2, Gutsbesitzer 4, Kaufleute 9, Professoren und Lehrer an Gymnasien u. s. w. 10, Mediziner 3, Verwaltungsbeamte 7, Juristen 18. Und doch herrschte die ungetriebene Uebereinstimmung. Hier ist dies nicht den Beweis, daß ein Kirchenwesen möglich und wirklich ist, in dem an die Stelle der Macht und Gewalt die Freiheit und Ueberzeugung treten kann und darf? Die Altkatholiken kennen keine mechanische Unfehlbarkeit; ihr katholischer Glaube ist von Christus gelehrt, bedarf keiner Zusätze; ihr einziger Mittler ist Christus, nicht der Priester; sie achten das bischöfliche Amt, das priesterliche gern, freiwillig, achten es höher als dort, wo man gehorchen muß, obgleich man die Faust in der Tasche halt; sie haben gezeigt, daß man den Mißbrauch entfernen kann, ohne dem Wesen zu nahe zu treten.

Von der Saar. 1. Juni. Der Reichstagsabgeordnete Stumm zu Neunkirchen hat sich veranlaßt gesehen, folgenden Erlaß an seine katholischen Arbeiter zu richten:

„An die katholischen Arbeiter!

Ich habe zu meinem großen Bedauern erfahren, daß sich einige an dem Straßenauflauf bei Gelegenheit der Verhaftung des Kaplans Börgen beteiligten, ja andere sich nicht scheuten, Demonstrationen vorzubereiten, welche gegen die Gesetze des Staates gerichtet sind. Ich weiß, daß Ehre, Pflicht und Geselligkeit im Großen und Ganzen zu sehr unter Euch eingebürgert sind, als daß Viele von Euch solchen schlechten Beispielen folgen werden und sich zu Heereien mißbrauchen lassen, welche sich nur gegen Euch selbst richten müßten. Ich warne aber wiederholt Euch Alle dringend und insgesamt, mache Jeden insbesondere verantwortlich für seine Angehörigen. Kein Arbeiter wird auf dem Werke geduldet, der unter dem falschen Deckmantel der Religion an Agitationen irgend welcher Art theilnimmt, die wider die von Gott eingesetzte Obrigkeit gerichtet sind.“

Paris, 3. Juni. Mac Mahon, dem begreiflicher Weise vor allen Dingen an der Organisation seiner Gewalten liegt, ist über den Ausgang der Sonnabend Sitzung sehr verstimmt und er macht dieselbe böse Laune in folgendem quos ego des officiösen Journals „La Presse“ Luft:

„Man unterhält sich in den Gruppen vielfach über das Votum vom letzten Sonnabend. Man ist allgemein der Ansicht, daß die Kammer dem Marschall Mac Mahon gegenüber Verpflichtungen eingegangen ist, welche sie, wie es scheint, heute nicht halten will. In der That wurde abgemacht, daß die Gewalten des Präsidenten vollständig erklärt und konstituiert würden. Da nun die National-Versammlung oder zum wenigsten ein Theil derselben wenig entschlossen scheint, die betreffenden Gesetze zu votiren, so wird der Marschall sich wahrscheinlich genöthigt sehen, die Versammlung daran zu erinnern, daß sie die Pflicht hat, die eingegangenen Verpflichtungen zu halten und das Septennium auf endgültige Weise zu organisiren.“

Unterdeß vertreibt man sich im rechten und linken Centrum die Zeit mit Unterhaltungen über die beste Möglichkeit, eine neue Majorität zu konstruiren. Wer soll aber Ueberläufer sein? Sollen die Orleanisten zu den Konservativ-Republikanern oder umgekehrt diese zu jenen überlaufen? Darüber wird man sich in akademischer Weise bis in alle Ewigkeit unterhalten können, während praktisch da, wo die beiden Parteien zusammenstoßen, sich wohl einzelne Theile nach rechts und links hin abbrechen können; eine neue Majorität wird dadurch aber nimmermehr gebildet werden. Es bleibt, wie gesagt, nur noch Auflösung oder Staatsstreich, und da Mac Mahon sich zu dem ersteren niemals verstehen wird, so scheint der Verlauf und das Ende des jetzigen Septennats ziemlich bestimmt vorgezeichnet.

Herr von Fourton hat die letzten Tage seiner Wirksamkeit als Unterrichtsminister zum Erlaß eines Schreibens an den Bischof von Autens benutzt, aus welchem hervorgeht, daß der Staatsrath jetzt nicht mehr den Bischöfen persönlich, sondern den Döfesen als solchen die Rechte einer juristischen Person zuerkennt. Danach haben die Döfesen von nun an die Befugnis, Geschenke und Vermächtnisse anzunehmen, Grundstücke zu erwerben und zu veräußern u. s. w. Zu diesem bedeutsamen weiteren Schritte auf der Bahn der Klerikalisierung Frankreichs, der Vernichtung der Errungenschaften der gallikanischen Kirche, bemerkt „Opinion nationale“ recht treffend:

Die bischöfliche Behörde bildet jetzt schon eine große Macht. Wie wird es erst sein, wenn zu der geistlichen Macht sich die weltliche gesellt, die Macht, die aus der Anhäufung von Gütern entspringt, die zwar der Döfese gehören, aber von dem Bischof verwaltet werden? Und das Alles geschieht in dem Augenblick, da der Klerus sich anstellt, sich des höheren Unterrichts zu bemächtigen, da er seine künftigen Fakultäten vorbereitet, da das ganze Unterrichtswesen seine Konkurrenz zu befürchten hat, da unsere Rechts- und medizinischen Schulen, unsere literarischen und wissenschaftlichen Anstalten gegen die klerikalen Schulen und Anstalten einen Kampf zu bestehen haben! Der klerikale Selbstzug, das muß man zugeben, wird mit Nachdruck geführt. Erst die Wallfahrten und Wunder, dann die Verbote, betreffend die Zivilehegräbnisse, die Expropriationen zu Gunsten der erzbischöflichen Tafelgüter, hierauf die Einführung des Geldgottesdienstes in der Armee und jetzt in Gewärtigung des Gesetzes, welches den höheren Unterricht in die Hände der Geistlichkeit legt, die Wiederherstellung der Kirchengüter. Wann werden wir es erleben, daß der Schlabus als französisches Staatsgesetz zugelassen wird?“

Eine Korrespondenz des „Journal des Debats“ aus Madrid, 26. Mai, die sich mit dem neuen deutschen Gesandten Grafen Hatzfeldt beschäftigt, hat hier unter dessen Freunden viel Heiterkeit erregt. Es heißt in dieser Korrespondenz:

Er ist vollständig undurchdringlich. Er kommt hier an als Tourist, bewundernswürdig empfohlen; er geht überall hin, macht und erhält Besuche, spricht gern mit aller Welt, mit den Ministern sowohl als mit den Personen aller Parteien. Wenn man ihn zu sondiren sucht, so hält die Erforschung kurz an bei einem lebenswürdigen Räthsel, eine Art von polirtem Stahlpanzer, der nichts durchdringen läßt, weder von außen noch von innen. Besonders für die preussische Gesandtschaft ist er das geheimnißvollste Räthsel. Man behandelt ihn dort wie eine unbeflehtbare Autorität; aber außer den Empfehlungen, welche natürlich sehr warm sind, läßt er kein Stück offizielles Papier ausgehen, welches zu erkennen gäbe, für welche Sache er kommt oder nicht kommt.“

Man verschweigt ein Geheimniß nicht besser, als wenn man es selbst nicht weiß, und Graf Hatzfeldt hat es leicht, seine Undurchdringlichkeit zu bewahren, da er nichts zu verrathen hat. Er hat vom Reichskanzler gar keine Aufträge erhalten, denn wir verfolgen in Spanien zur Zeit gar keine Pläne, am wenigsten den, einem deutschen Prinzen die Krone zu verschaffen. Die hiesigen Blätter finden solche abenteuerliche Gerüchte einer ernsthaften Ueberlegung gar nicht werth.

London, 2. Juni. Der dritte und letzte Abschnitt der parlamentarischen Session beginnt heute, und nach altherwürdiger Sitte debattiren heute die Blätter über das, was in den beiden vergangenen Abschnitten gethan worden ist, und was in dem bevorstehenden Abschnitt muthmaßlich gethan werden wird. Es gehört der ganze heistgefallige Optimismus eines Tornblattes wie die „Hour“ dazu, um herauszufinden, daß man staunen müsse, wie viel die Regierung in der jetzigen Parlamentssession bereits gethan habe, und zu weisagen, daß die zweite

Hälfte der Session von 1874 keineswegs eine müßige und ereignislose sein werde. „Wenn die Geschichte der Session von 1874 geschrieben werden wird — urtheilt „Hour“ — dann wird zugestanden werden, daß, wenn ihr Verlauf eben war, er doch entfernt von unfruchtbar gewesen ist, und daß der Kontrast mit den jüngsten Parlamentsannalen etwas mehr gewährt als ein rein müßiges Gefühl der Erholung.“ Daß indessen nicht alle Blätter so urtheilen, zeigt „Daily News“, die der Session nachsagt, daß sie die ereignisloseste, uninteressanteste und im Ganzen unschuldigste ist, die man seit einem halben Menschenalter gehabt. — „Times“ weiß von der Session zu rühmen, daß sie früh — beendet sein wird, nämlich wohl in den letzten Julitagen, und das leitende Blatt glaubt, daß dieses Lob Parlaments-Mitgliedern, die in den Jahren von 1868 bis 1873 emsig mitgearbeitet haben, interessiren wird. Um es aber durch dieses zweifelhafte Lob nicht mit den Gelobten zu verderben, versichert das Blatt in demselben Athemzuge dem Lande, daß die nothwendigen Arbeiten um diese Zeit mit mehr denn gewöhnlicher Leichtigkeit werden abgewickelt sein. „Morning Post“ preist die Ruhe, welche die Session auszeichnet und welche durchaus vortheilhaft ist. „Die Gesetzgebung der letzten zehn Jahre“, giebt diese Zeitung zu, „ist bedeutend gewesen und was nimmer noththut, ist, daß probirte und für fehlerhaft befundene Gesetze ausgebeffert oder die für schwach befundenen gestärkt, eher, als daß neue Gesetze in Eile in das Gesetzbuch gebracht werden. In den Akten der Gladstoneschen Regierung ist Vieles, was die Aufmerksamkeit seiner Nachfolger fesseln kann, namentlich wenn die letzteren fortfahren in dem bisher von ihnen gezeigten Geiste zu handeln, in welchem die Anhänger Gladstones wohl mit ihnen kooperiren mögen. Wir hegen nur geringen Zweifel, daß, wenn das Ende der jetzigen Session kommt, sich herausstellen wird, daß, was versucht wurde, auch gethan worden ist, und daß, was gethan wurde, als eine Wohlthat von allen Schichten der Gemeinde angenommen worden ist.“ Mit Recht werden hier und da der Takt Disraelis und die versöhnliche Haltung der Regierung hervorgehoben, die offenbar zu dem glatten Verlaufe der Session wesentlich beigetragen haben.

Kopenhagen, 2. Juni. Nach Mittheilung des statistischen Bureau betrug die Volksmenge Dänemarks am 1. Februar 1874 1,861,000 Personen; wenn dazu die Volksmenge auf den Färöer-Inseln 10,500, auf Island 70,900, in Grönland 9800 und auf den dänisch-westindischen Inseln 37,700 hinzukommen, so beträgt die Gesamtbevölkerung der dänischen Monarchie augenblicklich 2 Mill. Menschen. Kopenhagens Bevölkerung wird mit 193,000 angegeben, dazu kommen aber noch die Bewohner der Vorstadt Frederiksberg 20,000, so daß die Gesamt-Volksmenge der dänischen Hauptstadt jetzt auf 210—220,000 Einwohner geschätzt werden kann. Die erste allgemeine Volkszählung dieses Jahrhunderts fand im Jahre 1801 statt, und vergleicht man die Resultate derselben mit den jetzigen Verhältnissen, so stellt sich heraus, daß die Volksmenge im eigentlichen Dänemark sich in den zwischenliegenden 73 Jahren genau verdoppelt hat, indem dieselbe von 929,000 auf 1,861,000 gestiegen ist. (S. N.)

Bukarest, 29. Mai. Wir haben hier eine höchst merkwürdige Witterung gehabt. Während in Ungarn und Siebenbürgen starke Nachfröste im Mai die Obst- und Weinerte, vielleicht auch die sonstigen Feldfrüchte beschädigt haben, ist in der südlich von den Karpathen gelegenen Ebene nichts davon zu spüren gewesen. Seit vier Wochen giebt es hier täglich Gewitter, welche die Erde mit fruchtbarem Regen tränken, und aus übereinstimmenden Nachrichten kann man entnehmen, daß das Land zur Zeit begründete Aussicht auf eine überaus segnete Ernte hat.

Lokales und Provinziales

Posen, 5. Juni.

— Nach einer ziemlich genauen Berechnung schreibt einer hiesiger Korrespondent der „Ost.-Bzg.“ gehen aus der Provinz Posen an Peterspennigen und Kollekten für auswärtige Missionen, Kirchen- und Klosterbauten jährlich mindestens 40,000 Thlr. ins Ausland; nimmt man dazu zahlreiche andere Geldsammlungen für ultramontane Zwecke, so kann man die Gesamtsumme sehr wohl auf 50- bis 60,000 Thlr. annehmen.

r. Der Posener Kreditverein, eingetragene Genossenschaft, hielt am Donnerstag im Handelskaule unter Vorsitz des Polizeidirektors Staudy, Vorsitzenden des Ausschusses, eine Generalversammlung ab. Derselbe machte zunächst einige geschäftliche Mittheilungen; danach ist die Entrichtung in das Handelsregister erfolgt, mit den Mitgliedern des Vorstandes sind seitens des Ausschusses Verträge abgeschlossen, die Geschäftsbefugnis des Kreditvereins wird am 9. Juni beginnen, alle sonstigen Schwierigkeiten sind glücklich überwunden und gebühren gegenwärtig dem Vereine bereits 70 Mitglieder an. Da nun der Ausschuß, welcher in einer früheren Generalversammlung gewählt worden ist, seine Aufgabe dahin aufgefagt hat, den neuen Verein in Gang zu bringen und den weiteren Ausbau einem neuen Ausschusse zu überlassen, so sind demnach zunächst die Mitglieder des Ausschusses und deren Stellvertreter zu wählen. Von 18 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern werden demnach mit absoluter Majorität in den Ausschuß gewählt: die Kaufleute Ferd. Schmidt, Th. Gerhardt, G. Schneider, M. Levy, G. A. Rothholz, Thierarzt Martin, Fabrikant Ed. Wagner, Tischlermeister Dietrich, Buchsenmacher Hoffmann, und als Stellvertreter Professor Fahlke, Kupferbeschmiedemeister Werner und Kaufmann Härtel. Zu Mitgliedern der Revisionskommission werden gewählt die Kaufleute B. Anderfch und Salomonsohn und Prokurist Ropp, u. als Stellvertreter die Kaufl. Ed. Krug u. W. Wsch; als Mitgl. der Einzahlungskommission die Kaufl. Ed. Stiller, Brocht u. Rothholz. In Betr. des Kassirers, der nach den Statuten Beamter des Vereins sein soll, wird beschlossen, sobald der Geschäftsumfang sich weiter entwickelt, einen besonderen Beamten des Vereins anzustellen, bis zum 31. Dezember d. J. dagegen interimistisch die Kassengeschäfte Herrn Feinisch, welcher schon gegenwärtig als Kassenbeamter des alten Vorschußvereins, angestellt ist, zu übertragen. Derselbe wird eine Kautions von 500 Thlr. stellen und eine Remuneration von monatlich 5 Thlr. erhalten. — Nach Erledigung der Tagesordnung erklärt der Vorsitzende, Polizeidirektor Staudy, daß er nimmermehr, nachdem der definitive Ausschuß gewählt worden sei, das Amt eines Vorsitzenden des interimistischen Ausschusses niederlege. Auf Antrag des Vorstandes des C. Meyer, Direktors des Kreditvereins, erhebt sich die Versammlung zum Zeichen des Dankes für die hingebende Thätigkeit, welche der Polizeidirektor Staudy der Gründung des neuen Vereins gewidmet habe.

r. Der Hennigische Gesangsverein hatte am Mittwoch im Viktoriapark ein Sommerfest veranstaltet, welches sich einer sehr lebhaften Theilnahme erfreute. Auch der Oberpräsident Glinke und der Gouverneur Freiherr v. Wrangel wohnten dem Feste bei.

r. Die Straßenmusik gehört in unser Stadt zu denjenigen Erscheinungen, die vornehmlich gegen die Zeit des Wollmarkts einen wahrhaft epidemischen Charakter gewinnen. Niemand kann sich diesen Tönen, welche oft „Stein erweichen, Menschen rasend machen können“, in seiner Wohnung entziehen. Es sind nun allerdings Bestimmungen mancherlei Art getroffen, um ein Ueberhandnehmen der Straßenmusik zu verhindern. Jeder umherziehende Musikant, jeder Feiertags-

mann u. hat bei der k. Regierung einen Legitimationschein zu lösen, welcher jährlich 16 Thlr. kostet, und außerdem muß jeder dieser umherziehenden „Kunstler“ in unserer Stadt zur Ausübung seiner „Kunst“ die polizeiliche Erlaubnis einholen. Es wird dabei nun in der That verfahren, daß Feiertagsmänner nur auf drei Tage die Erlaubnis bekommen, auf den Straßen der Stadt ihre Orgel zu drehen, und daß gleichzeitig nicht mehr als 3 Drehorgler die Straßen Posen unsicher machen dürfen; auch dürfen sie nicht eher als von 5 Uhr Nachmittags ab ihr Gewerbe ausüben. Könnte nicht auch hinugefügt werden, daß sie nach 7 Uhr Abends, wenn die Kinder schlafen, in den engen Höfen, die den Schall verstärken, zu schweigen hätten. Jedenfalls wäre es wünschenswerth, daß in Betreff der Straßen-Musikmissethätigkeiten einschränkende Bestimmungen getroffen würden; noch vor wenigen Tagen hörte man eine Bande von ca. 5 Mann, welche als Wastrosen gekleidet gingen, mitten am Tage eine schauerhafte Musik auf den belebtesten Straßen der Stadt erklingen. Mögen diese wandernden Musikanten die kleinen Städte unserer Provinz, in denen man sonst weder gute noch schlechte Musik zu hören bekommt, bereichern; dort wird ihre Kunst sicher hoch aufgenommen werden!

— Handelskammer. In der heutigen Sitzung der Handelskammer findet die Fortsetzung der Beratungen über den Jahresbericht pro 1873 statt; außerdem wird sich dieselbe mit der Angelegenheit betreffend das Ausschreiben des deutschen Handelstages wegen der Eisenbahngütertariffrage beschäftigen.

r. In der katholischen Pfarrkirche wird im Laufe dieses Jahres von dem berühmten Orgelbauer Labegast zu Weizenfels, welcher die große und vorzügliche Orgel in der Thomaskirche zu Leipzig (80 Register) gebaut hat, eine Orgel von 43 klingenden Stimmen errichtet werden. Bisher waren die größten und besten Orgeln in unserer Stadt und Provinz die in der hiesigen Bernhardskirche, in der Franziskanerkirche, in der Paulikirche, in der Kreuzkirche, im Dome, sowie im Dome zu Gnesen. Da dieselben nur 30—32 klingende Stimmen haben, so wird demnach die neue Orgel in der Pfarrkirche nicht allein die größte, sondern auch, wie dies wohlhon Labegast zu erwarten ist, die beste in unserer Stadt und Provinz sein. Dieselbe soll, wie mir hören, 8000 Thlr. kosten.

r. Diebstahl. Einer Kaufmannsfrau auf der Breitenstraße wurden am 3. d. M. aus offener Kammer zwei große karrierte Beutel beiläufig gestohlen; ferner einem Kaufmann auf der Büttelstraße aus unverschlossener Kasse ein Plättchen. Einem Bäckermeister auf der Wallfischel entlieh in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni sein Beutling, nachdem er vorher von den Kunden gegen 20 Thlr. für Backwaaren eingezogen und unterschlagen. — Ein junger polnischer Ueberläufer, der einige Zeit als Kegelunge in einem Lokal auf der Hülldorfsstraße beschäftigt war, hat aus Mangel an Subsistenzmitteln auf Rechnung seines Prinzipals von einer Höferin Brod und Butter entnommen und dasselbe auf der Stelle verzehrt; er ist gefänglich und entschuldigt sich mit seinem gewaltigen Hunger!

Bromberg, 4. Juni. [Tobtschlag.] Gestern Nachmittag geriet der Hilfsmeinscheller Maciejewski mit dem Bahnarbeiter Gustav Scharbaum auf dem hiesigen Bahnhofe wegen politischer Meinungsverschiedenheiten in einen Wortstreit, der damit endete, daß Scharbaum dem Maciejewski zwei Messerstücke in die Brust und den Arm verletzete. Die dadurch dem Maciejewski zugefügten Verletzungen waren derartig, daß derselbe nach kurzer Zeit verstarb. Scharbaum wurde sofort zur Haft gebracht. Er gesteht seine That ein. Der Grund zu derselben soll aber Haß gegen den Geflüchteten gewesen sein, weil dieser ihn bei seinen Vorgesetzten mehrmals verklagt hat.

J. Inowroclaw, 4. Juni. [Bürger-Versammlung.] Gestern Abend begann im Böhmischen Saale die 2. Versammlung des hiesigen Bürgervereins statt. An Stelle des in der vorigen Sitzung zum Vorsitzenden erwählten Postdirektors Groß, der die Wahl nicht angenommen hatte, war von Seiten der Vorstandsmitglieder Friedrich Haber zum Vorsitzenden gewählt worden, ein Beschluß, der in der gestrigen Sitzung seine Zustimmung fand. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen, denen wir hier nur entnehmen, daß die Zahl der Mitglieder seit Gründung des Vereins von 70 auf 95 gestiegen ist und daß sich eine Erhöhung des monatlichen Beitrages von 2 auf 5 Sgr. als notwendig herausgestellt hat, wurde zunächst in Rücksicht auf die nahe bevorstehende Inkomunalisierung der Dorfgemeinde Großwo beschlossen, den Verein über Großwo auszuweiten, demselben also anticipirend den Namen „Bürgerverein für Inowroclaw und Großwo“ zu geben und demgemäß den § 1 der Statuten umzuändern. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet ein Bericht über die in Folge der ersten Bürgerversammlung am 3. Mai cr. an Magistrat und Stadtverordnete gerichtete Petition, die Einrichtung einer Wasserleitung, die Herbeiführung normaler Zustände in Sibirien und die Deputirung einer Kommission zwecks zur Kontrahierung einer Anleihe betreffend. Der Vorsitzende registriert, daß eine Antwort auf diese Petition bisher nicht erfolgt sei, daß seither zwei Stadtverordnetenitzungen stattgefunden hätten, aber nur in der ersten habe man sich mit der Sache beschäftigt, daß die Pflasterung in Sibirien, trotz der auf Anhörung gerichteten Bitte des Bürgervereins vor sich gegangen sei und daß die städtischen Behörden 700 Thlr. zur Vornahme von Vorarbeiten für eine Wasserleitung bewilligt hätten. Dieser ungewöhnliche Erfolg der Petition machte nur neue Anträge erforderlich und proponirt der Vorsitzende beim Magistrat und den Stadtverordneten die sofortige Berücksichtigung der Gesuche des Bürgervereins nochmals zu beantragen. Die Gelegenheit dieser Ausführungen einzeln zu Tage getretenen Resultate der letzten Stadtverordnetenitzungen führten zu einer längeren Debatte. Ein Mitglied des Stadtverordneten-Kollegiums und der Versammlung kommt zunächst auf die finanzielle Lage der Stadt zu sprechen und konstatirt im Allgemeinen, daß die Steuern in der Stadt schon fall die mögliche Höhe erreicht haben. Die Stadt zahle jetzt c. 16,000 Thaler an direkten Steuern, eine Zahl die sich nach Wegfall der Mahl- und Schlachtsteuer bedeutend erhöht. Die Restauration von Sibirien erfordere ein Kapital von 40—50,000 Thlrn. und durch die in den meisten Fällen notwendig werdende Expropriation werde dieselbe vertheuert und vergrößert. Die Sachen wären hier nicht über die Krone zu brechen, sondern bedürften bei der notorischen Armut der Stadt längere Vorbereitung. Eine bedeutende Hilfe stiehe der Stadt durch die Einberleibung von Großwo in Aussicht, das etwa 3000 Thlr. beisteuern würde und außerdem auf seinem Gebiet alle in der letzten Zeit ins Leben getretenen industriellen Etablissements hat. Erst wenn sich diese Angelegenheit in gewinnlicher Weise geregelt, dürfte an erfolgreiche Reformen gedacht werden können. Nicht die städtischen Behörden tragen Schuld an den Mißständen, sondern die ungünstigen finanziellen Verhältnisse der Stadt. Beiläufig der Wasserleitung bemerkte derselbe Redner, liegt die Schwierigkeit der Anlage in dem Bestenungsmodus. Die Kommune hätte keine Form, in welcher eine Steuer für die Wasserleitung betreiben könnte, und daß diese Schwierigkeit bleiben werde, so lange überhaupt die Steuerfrage noch nicht wissenschaftlich gelöst sei. In Betreff der Pflasterung in Sibirien bemerkt ein technisches Mitglied der bromberger Regierung theils. Was die Steuerfrage anbetrifft, bemerkte ein Mitglied, daß neben Fallfälle sich bedeutende Nationalökonomie für die Abschaffung der indirekten Steuern ausgeprochen hätten, und daß dieser Ansicht auch die Parlamente unseres Landes sowie unsere Regierung durch Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer Ausdruck gegeben hätten. Dasselbe Mitglied bemerkt, daß die vorhandenen Uebelstände immerhin auf die Verwaltung der Kommune zurückzuführen seien, daß die 2000 Thlr., die für die Pflasterung von Sibirien geradezu weggeworfen seien, anders verwendet hätten werden können, daß es kein Zeugnis von guter Verwaltung sei, wenn man nach wie vor 1500 Thlr. zur Unterhaltung des kgl. Gymnasiums zahle, während durch einen Brief oder durch eine Deputation die Erlassung dieser Summe bewirkt werden könne. Zu dem ersten Gegenstande der Tagesordnung zurückgehend, wird der an den Magistrat und die Stadtverordneten um sofortige Berücksichtigung der gestellten Gesuche beschlossene Antrag nochmals formuliert, nachdem vorher ein Magistratsmitglied mitgeteilt hatte, daß von Magistratswegen die Kontrahierung einer Anleihe von 5000

Thlr. aus Provinzialhilfsfonds beschlossen und dies Darlehen gestern schon schon ausgesagt worden sei. Der vorgeschlagene Zeit wegen konnte über die übrigen Punkte der Tagesordnung, Bericht über das öffentliche Führen, Verlegung der Kirchhöfe u. f. m. nicht mehr verhandelt werden und dieselben wurden nebst andern Anträgen aus der Verammlung auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gestellt. Nachdem der Vorsitzende noch einmal den reichen Inhalt der zu Tage getretenen Anschauungen resumirt und als fernern Zweck des Berichts hervorgehoben, daß derselbe durch Vorträge über Hauptfragen der Städteordnung, über öffentliche Gesundheitspflege u. f. m. und die sich daran knüpfenden Diskussionen belehrend wirken werde, wurde die Versammlung nach stündiger Dauer geschlossen.

Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 3. Juni. Es ist bereits telegraphisch gemeldet, daß das Obertribunal das Erkenntnis zweiter Instanz im Prozeß Fessels contra Wurmb vernichtet hat. Frl. Fessels hätte die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt gegen das in zweiter Instanz bestätigte Urteil des Stadtgerichts, welches die Angeklagte wegen wissentlicher falscher Denuntiation gegen den früheren Polizeipräsidenten v. Wurmb zu zwei Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurtheilte. Die Nichtigkeitsbeschwerde gründete sich darauf, daß 1) in der zweiten Instanz die Parteien über die Gründe des Ausschlusses der Öffentlichkeit bei der Verhandlung in nicht öffentlicher Sitzung gehört, der Beschluß des Ausschlusses der Öffentlichkeit nicht in öffentlicher Sitzung publizirt und die Motive dieses Beschlusses nicht publizirt wurden; 2) daß der Beschluß der kommissarischen Vernehmung einzelner Zeugen nur von zwei Richtern unterschrieben, in dem Berufungs Erkenntnis auch die Gründe für den Ausschluß der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt wurden; 3) daß der Defensor der Angeklagten, Rechtsanwalt Mundel, nicht zu den Verhandlungen der zweiten Instanz herangezogen worden; 4) daß der Instanzrichter mehrere Beweisangebote sowohl der Angeklagten, wie des Staatsanwalts unberücksichtigt gelassen. Der Ober-Staats-Anwalt bezogene alle diese Einwände, gestützt auf frühere Präjudize des höchsten Gerichtshofes für unerblich. Allerdings habe sich das Verfahren der zweiten Instanz, nicht so streng den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen angeknüpft, wie dies vorgeschrieben; nichts desto weniger seien die Beschwerden aber in allen Punkten für unerblich zu erachten. Nach früheren Erkenntnissen siehe fest, daß geringe Abweichungen bei dem Verfahren wegen Ausschluß der Öffentlichkeit während der Verhandlung in dem Falle keinen Nichtigkeitsgrund abgeben, wenn beide Parteien in der Sitzung anwesend waren und mit ihren Einsprüchen gegen etwaige Formfehler sofort gehört werden oder die Akten oder das Protokoll über die Gründe des Ausschlusses Auskunft geben. Die zweite Beschwerde charakterisire sich gleichfalls durch frühere Erkenntnisse als unerblich, Rechtsanwalt Mundel habe ausdrücklich erklärt, er wolle durchaus nichts mit der Vertheidigung der Angeklagten zu thun haben, und die Beweismomente der Angeklagten seien vom Instanzrichter als thatsächlich unerblich zurückgewiesen worden, während die Beweisangebote des Staatsanwalts nur eventuelle waren. Aus allen diesen Gründen beantrage der Ober-Staatsanwalt die Zurückweisung der Nichtigkeitsbeschwerde. Das Obertribunal erkannte jedoch nach längerer Berathung auf Vernichtung des Erkenntnisses und Zurückverweisung der Sache in die zweite Instanz. Den Grund zu diesem Rechtspruch bildete der Inhalt des zweiten Beschwerdepunktes, welcher u. A. behauptete, die kommissarische Vernehmung der Zeugen sei nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise erfolgt. Das Obertribunal erklarte denn auch in der kommissarischen Vernehmung der Lehrerin Fräulein Berg und der Schriftstellerin Frau Behner einen solchen Verstoß, da in dem Urteil das unabwehrbare Hindernis des Erscheinens dieser beiden Zeuginnen vor Gericht nicht angegeben ist, mithin die betreffende Gesetzesvorschrift verletzt wurde. Das genüge zur Vernichtung des Erkenntnisses, ohne die übrigen Beschwerdepunkte zu prüfen.

Staats- und Volkswirtschaft.

Tilfit-Insterburger Eisenbahn. Der am 30. Mai stattgehabten General-Versammlung wurde, wie man meldet, der Geschäftsbericht vorgelegt und die Dividende für die Stammprioritäten auf 2 pCt. festgesetzt.

Kommerische Zentralbahn. Der Antrag der Konfursverwaltung, der Staat möge die Bahn käuflich übernehmen, jedenfalls aber für den Schutz derselben Sorge tragen, ist bereits beim Handelsministerium eingegangen. Die Entscheidung wird vorbereitet; wahrscheinlich dürfte dieselbe dahin erfolgen, daß zunächst ein neuer Termin zur Versteigerung angesetzt und daß für denselben das Angebot, wenn überhaupt, auf eine mäßigere Summe anzunehmen.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn. Die Eisenbahnstrecke Rothenburg-Neppen, auf welcher bereits am 1. Mai d. J. der Güterverkehr eröffnet worden ist, ist am 1. Juni auch dem Personenverkehr übergeben worden, obgleich die Hochbauten auf den Bahnhöfen noch nicht ganz vollendet sind.

Oberschlesische Eisenbahn. Die Einlösung der Zinsen der Stamm-Aktien A. B. C. D. und der Prioritäts-Aktien dieser und ihrer sämtlichen Zweigbahnen erfolgt vom 1. bis 15. Juli bei der Distrikto-Gesellschaft in Berlin.

Paris, 4. Juni. Bankausweis.

Z u n a h m e.	
Baarsvorrath	16,022,000 Frs.
Gesamt-Vorräthe	2,428,000 "
Guthaben des Staatschazes	10,785,000 "
A b n a h m e.	
Portefeuille der Haupt u. d. Filialen	32,562,000 "
Notenumlauf	12,590,000 "
Laufende Rechn. der Privaten	15,848,000 "
Schuld des Staatschazes	unverändert.

London, 3. Juni. Bankausweis.

Z u n a h m e.	
Total-Reserve	11,349,336 Pfd. St.
Notenumlauf	26,042,560 "
Baarsvorrath	22,391,896 "
Portefeuille	18,338,186 "
Guth. d. Priv.	17,487,664 "
d. d. Staatsch.	8,047,544 "
Notenreserve	10,508,500 "
Z u n a h m e.	
Zunahme	359,896 Pfd. St.
Zunahme	271,765 "
Zunahme	631,661 "
Zunahme	137,727 "
Zunahme	505,808 "
Zunahme	1,023,552 "
Zunahme	250,315 "

Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven: 43 1/2 pCt.

Clearinghouse-Umsatz 130 Millionen, gegen die entsprechende Woche des Vorjahres Zunahme 4 Mill.

Glasgow, 3. Juni. Heute hat hier eine Versammlung von Vertretern der schottischen Eisenwerke stattgefunden. Es wurde beschlossen, die Hochöfen nicht eher wieder in Betrieb zu setzen, bis die Arbeiter die Lohnherabsetzung angenommen haben würden. In zwei großen Eisenwerken haben die Arbeiter unter Acceptation der Reduktion der Löhne die Arbeit bereits wieder aufgenommen.

Zahlungseinstellungen in der Wollwarenbranche. Der „Bradford Observer“ meldet die Zahlungseinstellung der Herren Bellisier, Beau u. Co. in Paris, einer langetablierten Wollwaren-Firma, mit Passiven im ungefähren Betrage von 4 Mill. Francs. — Manchester Blättern zufolge haben sich die Herren John Ashley u. Co., Kammgarnspinner-Beitzer in Bradford, und die Herren Witsall u. Co., Wollwarenfabrikanten in Dewsbury, für insolvent erklärt.

Türkenloose. Ziehung vom 1. Juni.

Nr. 628093 a 300,000 Frs.

Nr. 1520738 a 25,000 Frs.

Nr. 772655 und 1096090 a 10,000 Frs.

Nr. 1027776 185109 968241 341966 1826014 399591 a 2000 Frs.

Nr. 116941 1084032 1751867 460846 1547534 1096086 969245 1826015 1852480 1095228 460847 390799 a 1250 Frs.

Nr. 943663 1027780 741224 1634058 393669 1418650 1547531 1213292 1634060 1852476 1773276 260266 1280026 1878595 341382 1092740 1027777 848550 960123 1096088 1307131 843401 373648 372390 1634059 221107 1055802 221109 a 1000 Frs.

Diese Nummern bedürfen noch der Bestätigung durch die offizielle Ziehungsliste.

Englands Exporthandel. Nachstehende Tabelle giebt eine Uebersicht über den britischen und irischen Export nach den britischen Kolonien und dem Auslande. Der Totalexport nach den Kolonien und Besitzungen beläuft sich auf 14,860,228 Pfd. St. gegen 13,151,857 Pfd. St. im Jahre 1873, was eine Zunahme von 13 Prozent ergibt; der Totalexport nach dem Auslande belief sich auf 42,491,856 Pfd. St. gegen 49,224,509 Pfd. St., was einer Abnahme von 12 1/2 Prozent gleich kommt. Der Totalumfang des Exporthandels weist somit ein Sinken von 62,376,366 Pfd. St. auf 57,802,084 Pfd. St. nach, d. h. 7 1/2 Prozent. Diese Zahlen bestätigen die Ansicht, daß der Druck, welcher auf dem englischen Handel und den Finanzen lastet, eine Nachweiche der kontinentalen Panik ist, welche vorigen Frühling in Oesterreich ihren Anfang nahm, und der amerikanischen Panik, welche im Monat September anfang. Die Zunahme der Versendungen nach den britischen Besitzungen kommt hauptsächlich auf Rechnung Indiens, Australiens, Hongkongs und der Straits Settlements; während die Abnahme im Export nach dem Auslande besonders auf Rechnung Amerikas und Deutschlands kommt, welche je 2,600,000 Pfd. St. und 1,270,000 Pfd. St. weniger von England bezogen.

Export nach britischen Besitzungen.

Während der drei Monate endend am 30. April	
1873	1874
Pfd. St.	Pfd. St.
Indien	4,779,274
Australien	3,426,602
Hongkong	782,865
Besitzungen in Südafrika	1,120,530
Export nach dem Auslande:	
Vereinigte Staaten	12,543,202
Deutschland	6,844,324
Frankreich	4,383,709
Holland	4,127,150
Brasilien	1,636,537
Italien	1,880,074
Belgien	1,956,245
Rußland	571,344

Washington, 4. Juni. Das Schatzamt ist angewiesen, am 1. September d. J. von den 1/10er Bonds von 1862 für 5 Millionen Dollars zu amortisiren.

Breslau, 4. Juni. (Wollbericht.) Die Zufuhren haben noch immer nicht denjenigen Umfang erreicht, welchen sie ehemals in den Vormarktstagen hatten, wenn auch seit gestern der Verkehr auf den Wollmagazinen zunächst belebten Strassen sich etwas mehr belebt hat. Die auswärtigen Käufer treffen nach und nach ein, und einer derselben, ein Rheinländer, eröffnete gestern den Reigen des Vormarktgeschäfts mit ca. 400 Zentner Mittelwollen, bei welchen der Preisabschlag gegen voriges Jahr ein paar Thaler betrug. Andere rheinländische Käufer klagen sehr über schlechten Absatz ihres Fabrikats, und beobachten demzufolge vorläufig noch eine reservirte Haltung. Von lausitzer Fabrikanten wurde heute nur einiges aus dem Markte genommen.

Vermischtes.

Von den „Meinungen“ erzählt die „Trib.“ folgende pitant Geschichte: Das Gasspiel der meininger Hofkapellier hat in theatraischen Kreisen eine wahrhaft revolutionäre Bewegung hervorgerufen; in beiden Lagern wird pro und contra den Leiter der meininger Hofbühne, den Herzog Georg, Partei ergriffen. Nicht unbeachtet ist es geblieben, mit wie großem Interesse der königliche Hof das Gasspiel verfolgt hat und wie namentlich der Kronprinz sich offen und rücksichtslos zu Gunsten des Ensembles der Meininger ausgesprochen hat. Wie wir noch nachträglich erfahren, hat der Kronprinz in höchst verbindlichen Worten an den Generalintendanten v. Hülßen ein Schreiben gerichtet, in welchem er seine Bewunderung über die historisch getreuen, prächtigen Dekorationen und Kostüme der Meininger ausdrückt und gleichzeitig dem Herrn Intendanten das bekannte große Kostümwerk von Weiß übersendet. Im weiteren Texte des Briefes äußert sich der Kronprinz dahin, daß die berliner Hofbühne bei den ihr zur Disposition stehenden großen finanziellen Mitteln in Dekoration, Ausstattung und in der mise en scene mindestens doch mit den Leistungen der kleinen meiningerschen Hofbühne konkurriren könnte, welsch letzterer nur so bescheidene Mittel zur Verfügung ständen. Herr v. Hülßen soll nun in seiner Antwort an den Kronprinzen denselben für die Ueberendung des Weiß'schen Kostümwerkes seinen tiefgefühlten Dank ausgesprochen und dabei bemerkt haben, daß die vielgepriesenen Meininger in manchen Punkten über das ABC der Kostüme nicht hinausgekommen seien; als Beweis für diese seine Ansicht wolle er nur anführen, daß die Römer niemals Sandalen mit Absätzen getragen hätten, wie dies bei der Aufführung von Julius Cäsar die Meininger thun, und daß es den Römern niemals eingfallen sei, bunte oder schwarze Bänder um die Kniee zu tragen. Noch an demselben Tage, an welchem der Kronprinz das Schreiben des Herrn v. Hülßen empfangen hatte, führte er seinen ältesten Sohn zu den Meininger in die Friedrich-Wilhelmstadt. Der Kaiser hat alsdann unmittelbar nach seiner Ankunft von Wiesbaden von seiner Sommerresidenz Babelsberg aus das meiningersche Gasspiel zwei Mal mit seiner Gegenwart beehrt, und ist es auch nicht unbemerkt geblieben, daß der Kronprinz bei der letzten Militärvorstellung im Opernhaus, „Sardanapal“, gleich nach Anfang des Ballets das Theater verließ.

Eine Hundegeschichte. Ein in Berlin wohnender pensionirter Offizier, welcher schwer von rheumatischen Schmerzen heimgesucht ist, bedient sich zu seinen Ausflügen stets einer Droschke. Sein beständiger Begleiter ist sein Hund, der dann auf dem Rücksitz der Droschke Platz nimmt. Vor einigen Tagen war er genöthigt, das Zimmer zu hüten. Sein Hund benutzte einen unbewachten Augenblick und spazierte allein ohne Maulkorb auf die Straße, wo ihn auch sofort die Hundefänger ansetzten. Auf der Scharfrichterlei gelang es ihm jedoch zu entkommen. Statt direkt nach Hause zu laufen, rannte er bis zum nächsten Droschkenhaltplatz, wo er in eine Droschke sprang und sich auf den Rücksitz niederlegte. Anfangs nöthigte ihn der Droschkentritter auszuspringen; da aber nicht Folge geleistet wurde, beschloß er sich das Halsband des Hundes, wo Name und Wohnung des Besitzers deutlich verzeichnet stand. Dies erzeugte nun den klugen Einfall, daß der Kutscher nach der bezeichneten Wohnung fuhr. Dort angelangt, sprang der Hund aus dem Wagen, kief die Treppe hinauf, gefolgt vom Hofsleutnant, mit dem er das Zimmer seines Herrn betrat. Obgleich der Kutscher nur eine Fahrtour forderte, wurden ihm von dem glücklichen Hundebesitzer, dem das Gebahren seines Hundes mitgetheilt wurde und der darüber höchst erbaut war, fünf Thaler eingekündigt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen

Paris, 4. Juni. Das vom rechten Zentrum aufgestellte Parteiprogramm erneuert die Erklärung, daß man an der vom Kabinet Broglie verfolgten Politik festhalten wolle. Das rechte Zentrum werde auch die Nachfolger des Broglie'schen Kabinetts unterstützen, bestes aber auf der Nothwendigkeit, die Regierung Mac Mahons zu organi-

firen, der seine Aufgabe nicht lösen könne, falls er beim Auseinandergehen der Nationalversammlung sich nicht auf weise, abgewogene Institutionen stützen könne. Für die Eventualität der Erledigung der Exekutivgewalt werde das rechte Zentrum an dem siebenjährigen zur Beruhigung der Parteien bestimmten Waffenstillstande nicht rütteln. Die Frage einer definitiven Regierungsform könne nur dann erst gefahrlos behandelt werden. Das rechte Zentrum folge weise und entschlossen dem Marschall Mac Mahon, es wolle die ihm verliehenen Gewalten aufrecht erhalten und alle auf Verhinderung, Verzögerung oder Abschwächung der Beschlußfassung über die konstitutionellen Gesetzentwürfe abzielenden Anträge ablehnen.

Versailles, 4. Juni. [Nationalversammlung.] Der Kriegsminister legte einen Gesetzentwurf über die Ausbesserung und Verstärkung der Festungen an der Ostgrenze vor. Die Versammlung beschloß hierfür die Dringlichkeit, worauf man zur Verathung des Wahlgesetzes überging. Louis Blanc sprach lebhaft gegen das Gesetz, welches das allgemeine Stimmrecht verfinstere, Meaux Batbie, für das Gesetz. Gambetta kritisirte einzelne Gesetzesbestimmungen. Dufaure meinte, man könnte eine zweite Gesetzeslesung vornehmen. Die Versammlung beschloß mit 393 gegen 356 Stimmen, in die zweite Lesung einzutreten.

Sonntag, den 7. Juni Vormittag 11 Uhr findet im Saale der hiesigen Kgl. Konstitution eine Versammlung behufs Bildung eines **Provinzial-Vereins von Dirigenten und Lehrenden an Mädchenschulen** statt. Für das Mädchenstudium sich interessirende Damen und Herren werden zu dieser Versammlung hiedurch ergebenst eingeladen.

Meldungen zur Theilnahme an dem um 2 1/2 Uhr im Hotel Mylius beabsichtigten Diner werden bis Sonnabend Mittag bei den Unterzeichneten angenommen.

Dr. Barth. Below. Sielscher. C. Puppe. Th. Valentin.

Stettin-Newhork National-Dampfschiff-Compagnie (Einie von C. Meising, Berlin und Stettin). Der Dampfer „France“, Capitän Thompson, ist am 31. Mai 1874 wohlbehalten in Newhork angekommen.

Angekommene fremde vom 5 Juni.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Glas a. Kosen, Liebelt a. Pöln, Riffa, Glagel a. Krotoschin, Architekt Hoffmann a. Frankfurt, Lehrer Wieda a. Rhein-Str., Festungs-Inspektions-Sekretär Herrmann und Familie a. Pöln, Gutsbesitzer Gebrüder Scholz a. Julenthal, Landwirth Blauslein a. Kariemo, Privatmann Andrae a. Bissa.

BÜCKOW'S HOTEL DE ROME Die Kaufleute Kunze a. Görlitz, Rittinghausen a. Görlitz, Calthof a. Celle, Hirschfeld a. Leipzig, Ritzer a. Stettin, Fabrikbesitzer Burow a. Berlin, die Rittergutsbesitzer Wlfig a. Schirzig, Rent. Hoffmann a. Kowalskie, Kändler a. Bronerbyn, Baron v. Winterfeld a. Roschnno, Frau Gottschling und Tochter aus Erlowo, Major und Reg.-Command. im 4. Rhein. Landw.-Reg. Nr. 30 von Stuttnig a. St. Wendel, Regierungs-Assessor Braunsitz und Frau a. Breslau, Kaufm. Lehmann a. Gera.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer Rodas a. Leize, Frl. Gries a. Rothschke, Reg.-Assessor Jänigen aus Oppeln, die Kaufleute Saalfeld a. Breslau, Albel und Halpern a. Rußland, Engel und Böhm a. Berlin, Günther a. Rawitz, Bläßberg a. Grefeld, Malakowski a. Pöln, A. Boas a. Hamburg.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Schimmel a. Elberfeld, Babis a. Frankfurt, Silberstein und Wendelsohn aus Bromberg, Tischauer a. Berlin, Trunfsche a. Bromberg, Rothe aus Birnbaum, Cohn a. Kempen, Rittergutsbesitzer Saraczin nebst Familie a. Wörth, die Gutsbesitzer Hachschul a. Wyrobke, Heiderodt a. Blawce, Inspektor Gabel a. Dobierczyn.

GRAETZ HOTEL ZUM DEUTSCHEN HAUSE vorm. KRUG'S. Affessor Lach nebst Frau und Sohn a. Pöln, Kunstschüler Wopinski a. Gnesen, die Buchhalter Kramer und Müller a. Thorn, die Kaufleute Schamier a. Könitz, Sittenfeld a. Pignitz, Klein a. Schneidemühl, Frl. Edel a. Berlin, Viehhändler Adam a. Dresden, Stefanek a. Neustadt, Hierselbren und Gebr. Lejewicz a. Neutomischel, Gebr. Janotte aus Kirchplatz, Frl. Müller a. Neutomischel.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 4. Juni, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus p. 100 Liter 100 pCt. pr. Juni 24, pr. August-September 24, pr. September-Oktober 24. Weizen pr. Juni 90. Roggen pr. Juni 63, pr. Juli-August 59, pr. September-Oktober 57. Rüböl pr. Juni 18, pr. September-Oktober 19. Zink fest. — Wetter: Feig.

Bremen, 4. Juni. Petrozum matt, Standard white 11 1/2 Mark 15 Pf.

Hamburg, 4. Juni, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Weizen loco ruhig, auf Termine flau. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen 216-pfd. pr. Juni 1000 Kilo netto 256 B., 255 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 253 B., 252 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 251 B., 250 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 247 B., 246 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 241 B., 240 G. Roggen pr. Juni 1000 Kilo netto 183 B., 181 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 177 B., 176 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 173 B., 172 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 171 B., 170 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 169 B., 168 G. Hafer fester. Gerste ruhig. Rüböl fest, loco 59, pr. Oktober 200 Pf. 61. Spiritus rubig. pr. Juni-Juli 52, pr. Juli-August 54, pr. August-September 55, pr. September-Oktober pr. 100 Liter 100 pCt. 56. Kaffee fest; Umsatz 1500 Sack. Petroleum still, Standard white loco 12, 00 B., 11, 50 G., pr. Juni 11, 50 G., pr. August-Dezember 12, 00 G. — Wetter: Schön.

Köln, 4. Juni. Des Festtages wegen heute kein Produktenmarkt.

London, 3. Juni. (Getreidemarkt) Schlußbericht. Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 14,120, Gerste 15,770, Hafer 35,090 Dtrrs.

Der Markt schloß für sämtliches Getreide bei schwebendem Verkehr in weichender Tendenz. Weizen engl. Weizen 62—67, rother 59 bis 63, hiesiges Mehl 45—54 Sh. Vorrath an Weizen ca. 134,923 Dtrrs. — Wetter: Warm.

Liverpool, 3. Juni, Nachmittags. Baumwolle (Schlußbericht): Umsatz 10,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Markt schwimmend unregelmäßig, wahrscheinlich niedriger.

Middling Orleans 8 1/2, middling amerikan. 8 1/2, fair Dholerah 5 1/2, middling fair Dholerah 5 1/2, good middling Dholerah 5, middling Dholerah 4 1/2, fair Bengal 4 1/2, fair Broad 5 1/2, New fair Domra 6, good fair Domra 6 1/2, fair Madras 5 1/2, fair Bernam 8 1/2, fair Smyrna 7, fair Egyptian 8 1/2.

Upland nicht unter good ordinary Juni-Lieferung 8 1/2, Juli-August-Lieferung 8 1/2, August-Lieferung 8 1/2, fair Dholerah Mai-Juni-Versicherung ums Kap mit alten Bedingungen 5 1/2 d.

Amsterdam, 4. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Getreide-Markt) Schlußbericht. Roggen pr. Juli 205, pr. Oktober 200.

Antwerpen, 4. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Getreide-Markt) Schlußbericht. Weizen fest, dänischer 36 1/2, Roggen unverändert. Hafer fest, schwedischer 25 1/2. Gerste matt. Petroleum-

